

BESCHLUSS

- öffentlich -

OB/009/2026

STADT **SCHWABACH**



Die Goldschlägerstadt.

Sachvortragender	Amt / Geschäftszeichen
Oberbürgermeister Peter Reiß	Oberbürgermeister
Sachbearbeiter/in: Jennifer Lehnert	

Anfragen und Anregungen

Beratungsfolge	Termin	Status	Beschlussart
Stadtrat	26.06.2026	öffentlich	Kenntnisnahme

Herr Meyer:

Die Werkvolkstraße ist ein verkehrsberuhigter Bereich, aber dies wird nicht von allen Autofahrern beachtet. Gibt es Möglichkeiten die Situation zu verbessern?

OB Reiß:

Dies wird in der nächsten Verkehrsschau geprüft und ggf. geeignete Maßnahme ergriffen.

Herr Rötschke:

Möchte wissen, wie lange die Bevölkerung den zugenommenen illegalen Müll, vor allem den Sperrmüll, an Container-Stellplätzen noch hinnehmen muss und was die Stadt dagegen unternimmt.

Herr Dr. Hartl:

Der Markt für Altkleiderhandel ist bundesweit eingebrochen, Zudem gab es in Schwabach einen Betreiberwechsel zur Leerung der Altkleidercontainer. Dieser muss noch ermitteln mit welchem Reinigungszyklus er welche Standorte leeren muss und dies bedarf einer gewissen Zeit. Es wurden bereits Zwischenlösungen zwischen dem Betreiber und der Stadt ausgearbeitet. Falls es zu keiner Besserung kommt, wäre auch eine Aufhebung des Vertrages möglich. Durch den Broken-Window-Effekt (sichtbare Unordnung kann weitere Unordnung begünstigen) kommt es dabei auch zu Ablagerungen von Sperrmüll. Eine Kameraüberwachung ist derzeit rechtlich noch nicht möglich. Bei möglicher Ermittlung der Täter werden entsprechend Bußgelder verhängt.

OB Reiß:

Allein die Kosten für die Reinigung der Containerplätze kostet die Stadt 141.000 € im Jahr. Diese Kosten werden auf die Grundgebühr für Müllentsorgung umgelegt. Wenn eine Erhöhung der Reinigungsfrequenz gewünscht sein sollte, dann müssten auch die Müllgebühren entsprechend erhöht werden.

Herr Hack:

Er möchte über den aktuellen Stand der Sperrung an der Brücke Markgrafenstraße über die Volkach in Unterreichenbach informiert werden.

Herr Kerckhoff:

Gerade werden die Sanierungsmöglichkeiten geprüft aber ggf. ist ein Neubau erforderlich.

Herr Schmidt:

Gibt es eine Möglichkeit den Bürgerdialog der AfD im Bürgerhaus noch zu verbieten, da die AfD vom Verfassungsschutz beobachtet wird? Ist es generell möglich, die Nutzung des Bürgerhauses einzuschränken?

Herr Engelbrecht:

Da die AfD nicht verboten ist gilt das Gleichbehandlungsprinzip und somit kann der Bürgerdialog nicht verboten werden. Der Stadtrat hat 2025 die Entscheidung getroffen das Bürgerhaus nicht für politische Veranstaltungen einzuschränken.

.....
Vorsitzender